

## Ergreifen wir die Initiative für die staatliche Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze: Betrieb und Arbeitsplätze von OPEL Bochum müssen unter staatlichen Schutz gestellt werden!

**Kolleginnen und Kollegen aus NRW haben im Dezember Initiativen für die Entfaltung einer Kampagne zur Verteidigung aller Arbeitsplätze, für die Verteidigung des Betriebs und aller Arbeitsplätze bei Opel in Bochum ergriffen.** Sie sind der Auffassung, dass die Garantie des Betriebs und der Arbeitsplätze bei Opel eine Schicksalsfrage für das gesamte Bundesland ist. Wir drucken ihre Erklärung, die breit unterzeichnet werden soll, nachfolgend ab. Die angeordnete Zerstörung von rd. 2.000 Arbeitsplätzen bricht dem Werk das Rückgrat, treibt die Stadt und die ganze Region in den weiteren Ruin. Das ist die Realität des Strukturwandels, den der Ministerpräsident von NRW, Jürgen Rüttgers (CDU), für sich reklamiert und die die SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin in den bevorstehenden Landtagswahlen, Hannelore Kraft, auch zu ihrer Position erklärt hat.

Eine zunehmend entindustrialisierte Stadt (wir erinnern uns an die Verlagerung der Produktion von Nokia und das Schicksal der Zulieferer), die, wie das überwältigende Gros des Ruhrgebiets, unter dem Diktat der Haushaltssicherungskonzepte keine souveräne kommunale Entscheidung mehr treffen darf. Zynisch verweigert der CDU-Regierungspräsident von Arnsberg die Genehmigung des Bochumer Haushalts 2009: „Ein ‚Weiter so wie bisher‘, das nur Schuldenberge auftrümt, werden wir nicht zulassen.“ Und nach der Wahl in NRW wird Schäuble sein Diktat im Namen der „Schuldenbremse“ offenlegen. Es ist ein Kampf: die Verteidigung

der Lebensgrundlagen der arbeitenden Bevölkerung, der kommunalen Demokratie an Rhein und Ruhr, und die Verteidigung der Produktion bei Opel in Bochum.

Nichts davon findet sich im Programm-Entwurf Krafts für die NRW-Wahl. Dabei würde es der Verantwortung der historischen Arbeitnehmerpartei SPD an Rhein und Ruhr entsprechen, diesen Kampf zu führen. Die SPD-Führung und Kraft entscheiden sich gegen diesen Kampf. Aber das kann für uns weder Grund noch Hindernis sein, darauf zu verzichten, den Kampf dafür zu führen, dass die Basis die Partei in die Verantwortung zwingt.

Nur die vereinte Mobilisierung schafft die Kraft, die die Garantie, damit alle Arbeitsplätze bei Opel und der Betrieb unter den Schutz und die Kontrolle des Staates gestellt werden, durchsetzt.

Ebenso engagieren sich ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen in Kampagnen für die Verteidigung der Bildung und die Verteidigung der Kommunen. KollegInnen aus NRW, die die o.g. Initiative unterstützen, laden zur Diskussion dieser Fragen und über die weiteren Initiativen ein zu einer regionalen Versammlung in NRW in der 2. Januarhälfte.

**H.-W. Schuster** (Unterzeichner des Aufrufs „Staatliche Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel“

Weitere Informationen über E-Mail:  
grotjohann.schuster@t-online.de;  
Fax: 0211-7599092)

\* \* \*

Diese Initiative kann nicht auf NRW beschränkt bleiben. Dirk Frohne, SPD, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreisverband Recklinghausen und IG-Metall-Vertrauensmann bei Opel in Bochum, und H.-W. Schuster, SPD, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Unterbezirk Düsseldorf, haben in einem Beitrag für die »Internationalen Informationen« erklärt:

„Nur auf der Linie der Verteidigung aller Arbeitsplätze, von Produktion, Betrieben und gewerkschaftlichen Tariflöhnen, kann die Einheit der Arbeiter im Kampf in Europa verwirklicht werden.“ Sie schlagen „allen Kolleginnen und Kollegen vor, diese Perspektive zu diskutieren und zur Grundlage des koordinierten Handelns zu machen: Die Arbeitsplätze, Betriebe, Produktionsanlagen und Vermögen müssen unter staatlichen Schutz und unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterschaft und ihrer unabhängigen Organe gestellt werden. Nur so, auf Basis der Linie der Verteidigung aller Arbeitsplätze, von Produktion, Betrieben und gewerkschaftlichen Tariflöhnen, kann die Einheit der Arbeiter im Kampf in Europa verwirklicht werden, gegen die Spaltungsmanöver von GM und US-Regierung: für mehr oder weniger staatliche Gelder und mehr oder weniger Lohnverzicht, mehr oder weniger Entlassungen – mal in diesem, mal in jenem Land.“

Der vollständige Beitrag wird in den »Internationalen Informationen« Nr. 29 in diesem Monat veröffentlicht. (HWS)

### Fünf Jahre Hartz IV: „Jeder sechste Beschäftigte ist akut von Armut bedroht“ (DGB)

„Durch die Hartz-Reformen wurden Lohndumping und Niedrigstlöhnen Tür und Tor geöffnet, weil Arbeitslose praktisch jeden noch so schlecht bezahlten Job annehmen müssen. 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen zusätzlich ALG II beantragen, weil die Löhne nicht zum Leben reichen“, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Anneliese Buntentbach zur 5-Jahres-Bilanz der Hartz-Gesetze: „Hartz IV macht Angst, viele Menschen arm und schafft keine Perspektiven. Im Gegenteil: Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist seit 2005 trotz eines erheblichen Wirtschaftswachstums nicht

gesunken, sondern liegt immer noch bei rund 4,9 Millionen. Außerdem wird sich die schon jetzt zunehmende Armut – mit verursacht durch die Hartz-Reformen – künftig und auf lange Sicht als Altersarmut verfestigen.“

„Statt einer Grundsicherung, die vor Armut schützt, werden sieben Millionen Menschen mit pauschalierten Armutssätzen abgespeist“, kritisiert Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, darunter 2-3 Millionen Kinder und Jugendliche.

In Berlin, der „Hauptstadt der Armut“, wo der SPD/Linke-Senat konsequent die

Schröder-Agenda-Politik umgesetzt hat, sind 17 Prozent der 3,4 Millionen Berliner, d.h. rund 600.000, Hartz-IV-Empfänger. Wäre nicht dringend die Entscheidung der SPD für einen radikalen Kurswechsel der bisherigen Politik des Senats gefordert? Mit einem Aufruf engagieren sich ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, die sich im »Arbeitskreis gegen Privatisierung & Deregulierung« treffen, für „Maßnahmen zum Schutz der sozialen Existenz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend, für den Schutz der Arbeitsplätze“. (Weitere Informationen über die Redaktion.) - c.b.